

**Vorlage für die Sitzung des Senats am 19. Dezember 2017  
„Ausbildungsplanung 2018“**

**A. Problem**

Im Rahmen der jährlichen Ausbildungsplanung beschließt der Senat die Einstellung von Anwärterinnen und Anwärtern, Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Praktikantinnen und Praktikanten im Anerkennungsjahr für das Land und die Stadtgemeinde Bremen.

Die Beschlüsse über die Einstellungen im Jahr 2018 werden vor dem Hintergrund folgender Faktoren zu treffen sein:

- In den kommenden Jahren werden im bremischen öffentlichen Dienst zahlenmäßig starke Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Die öffentlichen Dienstleistungen der bremischen Verwaltung müssen weiterhin in hoher Qualität erfüllt werden.
- In einigen Bereichen des bremischen öffentlichen Dienstes sind die Beschäftigtenzielzahlen angepasst und teilweise erhöht worden. Aus diesem Grund werden bspw. im Bereich der Polizei die Beschäftigtenzielzahlen des Personalbestands ohne verstärkte Einstellungen in die Ausbildung nicht erreicht werden können.
- Da die Ausbildungskapazitäten begrenzt sind, ergeben sich durch die zu beschließenden Einstellungszahlen für den Bereich der Polizei von 160 Anwärterinnen und Anwärtern an den Standorten der theoretischen und praktischen Ausbildung Kapazitätsprobleme, die vor Ausbildungsbeginn zu lösen sind.
- Der bestehende Personalbedarf in den technischen Bereichen des öffentlichen Dienstes, so u.a. auch an Bauingenieurinnen und Bauingenieuren kann über die laufenden Ausschreibungen nicht mehr gedeckt werden. Bremische Behörden, die z.B. große Baumaßnahmen der öffentlichen Hand zu beaufsichtigen haben, können ihre Aufgabe nur mit gut qualifizierten Fachkräften bewältigen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung sind an Ausschreibungen, Genehmigungen und Abnahmen beteiligt und wirken als Bevollmächtigte der öffentlichen Interessen beim Baugeschehen. Die sich zukünftig ergebenden Vakanzen müssen durch eigene Ausbildungsleistungen abgedeckt werden.
- Der demografische Wandel macht sich u.a. an der zurückgehenden Anzahl der Bewerbungen bemerkbar. So sind bspw. die Bewerbungen für die Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten von 337 im Jahr 2016 auf 246 in diesem Jahr zurückgegangen. Um eine Ausbildung als Verwaltungsinspektor-Anwärterin oder Verwaltungsinspektor-Anwärter haben sich in diesem Jahr lediglich 270 Personen beworben im Vergleich zu 414 Bewerbungen im letzten Jahr. Diese

Entwicklung zwingt den öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen zu einem Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft und mit anderen Gebietskörperschaften um geeignete Nachwuchskräfte.

- Im Wettbewerb um die Nachwuchskräfte muss sich der öffentliche Dienst als attraktiver Arbeitgeber präsentieren. Für motivierte, leistungsorientierte Bewerberinnen und Bewerber ist eine eigene Karriereplanung mit transparenten Aufstiegsmöglichkeiten ein wichtiger Grund sich für bzw. gegen einen Arbeitgeber zu entscheiden. Die Karrieren, die im öffentlichen Dienst möglich sind, müssen nach außen und nach innen transparent gemacht werden. Durchlässigkeit zwischen und Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der einzelnen Fachrichtungen, die Aufrechterhaltung von bestehenden bzw. die Entwicklung von neuen Aufstiegsregelungen und Fortbildungsgängen sind vor diesem Hintergrund nötiger denn je.
- Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der bremischen Bevölkerung wächst kontinuierlich und beträgt zurzeit im Land Bremen etwa 29%. Diese Quote wird derzeit in der Beschäftigtenstruktur des öffentlichen Dienstes nicht widergespiegelt.
- Trotz der demografischen Entwicklung und der daraus resultierenden Diskussion um fehlende Fachkräfte bleiben immer noch viele Menschen bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz ohne Erfolg. Dazu gehören u.a. Menschen mit Behinderungen, Menschen mit einem Migrationshintergrund oder Menschen, die aus anderen Gründen auf dem Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt Benachteiligungen erfahren.
- Der Senat der Freien Hansestadt Bremen sieht sich als größter Arbeitgeber in der Verantwortung, im bremischen öffentlichen Dienst einschließlich der Sonderhaushalte, Eigenbetriebe und Gesellschaften eine Ausbildungsquote in der Höhe von 7,5 % bis 8,0 % pro Jahr zu verwirklichen und damit einen Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation auch und gerade für die letztgenannte Gruppe zu leisten.
- In den letzten Jahren steigt die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze, gleichzeitig aber auch die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die keinen Ausbildungsplatz finden. Um diesen Passungsproblemen entgegen zu wirken, ist es wichtig, ein breitgefächertes, interessantes Angebot an Ausbildungsplätzen in verschiedenen Ausbildungsberufen aufrecht zu erhalten bzw. zu entwickeln. Gleichzeitig kann dadurch die Attraktivität der dualen Berufsausbildung gestärkt werden.
- Durch die hohe Anzahl an jugendlichen Geflüchteten in Bremen insbesondere der Jahre 2015 und 2016 ergeben sich in den Jahren 2018 und 2019 hohe Abgangszahlen aus dem berufsbildenden Bereich (Bildungsgang Berufsorientierung mit Sprachförderung – BOSP). Derzeit befinden sich ca. 900 Schülerinnen und Schüler (überwiegend männlich) in diesem Bildungsgang, die zum Ende des Schuljahres 2017/18 abgehen werden. Diese Schülerinnen und Schüler bringen unterschiedliche Voraussetzungen für die Integration in den Arbeitsmarkt mit. Eine gesetzliche Schulpflicht für diesen Personenkreis besteht nicht mehr.

## **B. Lösung**

Durch Einstellungen sowie eine qualitativ hochwertige Ausbildung von Nachwuchskräften wird dazu beigetragen, dass eine differenzierte und ausgewogene Personalstruktur erreicht und dadurch die Aufgaben des öffentlichen Dienstes in quantitativer und qualitativer Hinsicht erledigt werden können.

Das Land und die Stadtgemeinde Bremen stellen sich dem Wettbewerb um geeignete Nachwuchskräfte. Es werden geeignete Marketingmaßnahmen entwickelt bzw. bestehende optimiert, damit der öffentliche Dienst als Arbeitgeber mit seinen vielfältigen Einsatzmöglichkeiten wahrgenommen wird.

Es werden schwerbehinderte Menschen gezielt angesprochen und auf die Ausbildungsmöglichkeiten des öffentlichen Dienstes hingewiesen.

Zu einer weiteren Gruppe, die angesprochen werden, gehören Menschen, die bei ihrer bisherigen Suche nach einem Ausbildungsplatz bislang nicht erfolgreich waren.

Darüber hinaus wird die Kooperationsbeziehung mit den Werkschulen fortgesetzt.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Berufsausbildung gezielt zu fördern, werden die bestehenden rechtlichen Optionen ausgeschöpft, um eine Ausbildung in Teilzeit zu ermöglichen. Auch das ist ein Faktor, der die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigert.

An dem Ziel, den Anteil der Menschen mit einem Migrationshintergrund an den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu erhöhen (auch unabhängig von der Einstiegsqualifizierung), wird festgehalten. Durch geeignete Maßnahmen wird versucht, alle Gruppen der Bevölkerung für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu interessieren und aus diesem breiten Kreis potenzielle Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen, damit langfristig die Belegschaft der öffentlichen Verwaltung die Bevölkerungsstruktur widerspiegelt. Darüber hinaus ist es angesichts der demografischen Entwicklung erforderlich, alle Personalpotenziale zu erschließen.

Auf der Basis der Personalbedarfsprognosen berücksichtigt die jetzige Planung für die personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgänge den unabweisbaren Personalbedarf für die nachfolgenden Personalsegmente.

### **I. Ausbildungsgänge/Ausbildungsberufe des öffentlichen Dienstes**

Die Anzahl der Einstellungen von Auszubildenden/Anwärterinnen bzw. Anwärtern und Praktikantinnen und Praktikanten wird unter Berücksichtigung des sich abzeichnenden Personalersatzbedarfs festgelegt.

Folgende Einstellungen für eine Ausbildung/ein Studium werden vorgeschlagen:

## **1. Fachrichtung Allgemeine Dienste**

### **1.1 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt – Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten**

Zum 1. August 2018 ist die Einstellung von 40 Auszubildenden in dem Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter vorgesehen.

### **1.2 Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt**

Zum 1. September 2018 werden 50 Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und Verwaltungsinspektor-Anwärter für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt eingestellt. Die akademische Ausbildung erfolgt im Dualen Studiengang Public Administration an der Hochschule Bremen. Die praktischen Studienphasen werden in bremischen Dienststellen durchgeführt. Sollten sich weitere Bedarfe ergeben, werden diese insbesondere durch Absolventinnen und Absolventen des Europäischen Studiengangs Wirtschaft und Verwaltung (ESWV) an der Hochschule Bremen gedeckt.

### **1.3 Aufstieg für Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt und Aufstiegsfortbildung für Tarifbeschäftigte**

Im Jahr 2018 werden insgesamt 20 Personen zum laufbahnrechtlichen Aufstieg bzw. zur Aufstiegsfortbildung zugelassen. Davon entfallen 12 Plätze für Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt, die nach § 26 Bremische Laufbahnverordnung zum Aufstieg in die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt zugelassen werden. Weitere 8 Plätze entfallen auf Tarifbeschäftigte, die zur Aufstiegsfortbildung zur Verwaltungsfachwirtin/zum Verwaltungsfachwirt zugelassen werden. Sollten auf Grund der Ergebnisse des Auswahlverfahrens die vorgesehenen Platzkontingente bei einer der o.g. Beschäftigtengruppen nicht besetzt werden, können die nicht besetzten Plätze zugunsten der anderen Beschäftigtengruppe zur Verfügung gestellt werden. Die Gesamtzahl von 20 Plätzen darf nicht überschritten werden.

Darüber hinaus wird geprüft, ob ein weiterer Aufstiegslehrgang für Bedienstete aus dem Bereich des Jobcenters Bremen eingerichtet werden kann.

Da die Einstellungszahlen von Verwaltungsfachangestellten und von Justizfachangestellten weiterhin auf einem hohen Niveau sind und die Aufstiegslehrgänge regelmäßig angeboten werden, wird die im Rahmen der Ausbildungsplanung 2016 an der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen beschlossene befristete Einstellung einer Lehrkraft in eine unbefristete Beschäftigung umgewandelt, damit der Unterricht sichergestellt werden kann.

## **2. Sonstige Fachrichtungen, Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt**

Zum 1. September 2018 werden 18 Sozialinspektor-Anwärterinnen und Sozialinspektor-Anwärter für die Fachrichtung Gesundheits- und soziale Dienste eingestellt. Der akademische Teil der Ausbildung findet an der Hochschule Bremen in dem Studiengang Soziale Arbeit Dual statt.

Zum 1. September 2018 werden 3 Technische Oberinspektor-Anwärterinnen und –Anwärter für die Fachrichtung Technische Dienste eingestellt. Es wird geprüft, ob der akademische Teil der Ausbildung weiterhin an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin durchgeführt wird oder ob andere Möglichkeiten in Betracht gezogen werden können.

## **3. Fachrichtung Polizei, Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt**

Zum 1. Oktober 2018 sollen 125 Polizeikommissar-Anwärterinnen und Polizeikommissar-Anwärter für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Polizei durch die Polizei Bremen und für die Ortspolizeibehörde Bremerhaven weitere 35 Anwärtinnen und Anwärter eingestellt werden. Die Gesamteinstellungszahl führt zu einem Kapazitätsproblem an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und den Ausbildungsstätten der praktischen Ausbildung. Daher werden der Senator für Inneres und die Senatorin für Finanzen gebeten, in Abstimmung mit der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz bis Ende Januar 2018 dem Senat ein Kapazitätskonzept vorzulegen, um die Ausbildung von 160 Polizeikommissar-Anwärterinnen und Polizeikommissar-Anwärtern ab dem 1. Oktober 2018 sicherzustellen.

## **4. Fachrichtung Feuerwehr**

### **4.1 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt**

Zum 01.04.2018 werden 7 Brandmeister-Anwärterinnen und Brandmeister-Anwärter für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt eingestellt. Weitere 7 Brandmeister-Anwärterinnen und Brandmeister-Anwärter beginnen die Laufbahnausbildung am 01.10.2018.

## **5. Fachrichtung Justiz**

### **5.1 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt – Ausbildung zur/zum Justizfachangestellten**

Zum 1. August 2018 ist die Einstellung von 13 Justizfachangestellten vorgesehen.

### **5.2 Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt**

Zum 1. Oktober 2018 sollen 10 Rechtspfleger-Anwärterinnen und Rechtspfleger-

Anwärter eingestellt werden.

## **6. Fachrichtung Steuerverwaltung**

### **6.1 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt**

Zum 1. September 2018 werden 25 Steueranwärterinnen und Steueranwärter eingestellt.

### **6.2 Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt**

Zum 1. Oktober 2018 werden 25 Finanzanwärterinnen und Finanzanwärter eingestellt.

Die Auszubildenden in den oben genannten Ausbildungsgängen werden nach erfolgreicher Beendigung ihrer Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen, soweit nicht personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegenstehen und die entsprechenden Haushaltsmittel für eine Übernahme zur Verfügung stehen.

## **II. Sonstige Ausbildungsgänge/Ausbildungsberufe**

### **7. Ausbildung beim Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ)**

Neben der Gewinnung von Nachwuchskräften für den eigenen Personalbedarf wird sich der Senat bemühen, vorrangig Bewerberinnen und Bewerber zu berücksichtigen, deren Chancen auf einen Ausbildungsplatz aufgrund von schlechteren Voraussetzungen als geringer eingestuft werden. Das Land und die Stadtgemeinde Bremen wird weiterhin Ausbildungsplätze in diversen anderen Ausbildungsberufen (Anlagenmechaniker/-in, Fachinformatiker/-in, Gärtner/-in etc.) nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) anbieten, um das Ausbildungsplatzangebot aufrecht zu erhalten und um in Teilbereichen für den eigenen Bedarf auszubilden. Darüber hinaus soll mit dem Angebot benachteiligten jungen Menschen auf dem Ausbildungsmarkt eine Perspektive eröffnet werden.

Beim AFZ werden zum 1. August 2018 insgesamt 80 Auszubildende in verschiedenen Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz eingestellt. Die Ausbildung in diesen Berufen dauert in der Regel 3 bzw. 3,5 Jahre.

Von diesem Ausbildungsplatzkontingent werden bis zu 15 Ausbildungsplätze für Absolventinnen und Absolventen von Bremer Werkschulen aufgrund einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem AFZ und der Senatorin für Kinder und Bildung zur Verfügung gestellt.

### **III. Sozialpraktikantinnen/Sozialpraktikanten und Erzieherinnen/Erzieher im Anerkennungsjahr**

8.1 Zum 1. August 2018 werden 135 Erzieherinnen und Erzieher als Anerkennungspraktikantinnen oder -praktikanten eingestellt.

8.2 Beim AFZ werden zum 1. April 2018 55 Sozialarbeiterinnen/Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiter/Sozialpädagogen ein Praktikum im Rahmen des vorgeschriebenen Anerkennungsjahres beginnen.

Die Aufteilung der Plätze für Praktikantinnen und Praktikanten soll je nach Bedarf und Bewerbungssituation flexibel gestaltet werden können, wenn der vorgegebene Finanzrahmen nicht überschritten wird. Im Bereich der Erzieherinnenausbildung/Erzieherausbildung zeichnen sich erhöhte Bedarfe ab. Sollten nicht alle unter Nummer 7 genannten Ausbildungsplätze besetzt werden können, können die nicht benötigten Haushaltsmittel für die Einstellung von weiteren unter 8.1 genannten Praktikantinnen und Praktikanten verwendet werden.

### **IV. Ausbildungsquote 2018**

Unter Berücksichtigung der Einstellungen in den bedarfsbezogenen Ausbildungsgängen, in den Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz sowie der Praktikantinnen und Praktikanten des Sozialdienstes könnten im Rahmen der Ausbildungsplanung 2018 insgesamt 612 Ausbildungsplätze bereitgestellt werden (siehe Anlage 1).

Die vom Senat angestrebte Ausbildungsquote wird im Jahr 2018 erneut erreicht und 8,0 % überschreiten.

### **V. Einstiegsqualifizierung für junge geflüchtete Menschen**

Zum 1. September 2018 werden bis zu 250 junge Geflüchtete vom AFZ in eine einjährige Einstiegsqualifizierung (EQ) eingestellt. Während der Einstiegsqualifizierung werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Ausbildungsbetrieben und in den Berufsschulen auf die Aufnahme einer regulären Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz vorbereitet. Flankiert wird diese Maßnahme durch Sprachkurse, ausbildungsbegleitende Hilfen und sozialpädagogische Betreuung. Um eine ausreichende Anzahl an Praktikums- und Arbeitsplätzen anzubieten, sind Kooperationsvereinbarungen mit der Handelskammer Bremen, Handwerkskammer Bremen und ggf. mit weiteren Kammern abzuschließen. Da die Sprach- und Bildungskompetenzen der jungen Geflüchteten sehr heterogen sind, sind unterschiedliche Bildungs- und Betreuungskonzepte für die einzustellenden 250 Personen zu entwickeln. Die Senatorin für Finanzen wird beauftragt, für diese Zielgruppe ein Bildungs- und Betreuungskonzept zu entwickeln und dem Senat bis Ende Januar 2018 vorzulegen. Um die erforderliche sozialpädagogische und verwaltungsmäßige Betreuung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der EQ zu gewährleisten, ist eine Verstärkung des Personalbestands beim AFZ um insg. 6 Vollzeitäquivalenten, bei der zuständigen Stelle nach dem BBiG um ein halbes Vollzeitäquivalent erforderlich.

## C. Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen.

## D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Für die personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgänge entstehen folgende Aufwendungen in Euro:

Fachrichtung	Anzahl der Einstellungen	Dauer Jahre	2018	2019	2020	2021	2022	Summe
Allgemeine Dienste	50	Anwärter/-innen für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt	242.000 €	726.000 €	726.000 €	484.000 €		2.178.000 €
		Sachkosten für die Anwärter	75.000 €	150.000 €	150.000 €	75.000 €		450.000 €
	40	Verwaltungs-fachangestellte	262.000 €	628.800 €	628.800 €	366.800 €		1.886.400 €
Sonstige Fachrichtungen	18	Anwärter/-innen für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt (Soziale Arbeit Dual)	87.120 €	261.360 €	261.360 €	261.360 €	43.560 €	914.760 €
		Sachkosten für die Anwärter	45.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €	45.000 €	360.000 €
	3	Anwärter/-innen für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt (Technische Dienste)	14.520 €	43.560 €	43.560 €	29.040 €		130.680 €
		Sachkosten für die Anwärter	9.820 €	16.730 €	16.730 €	11.820 €		55.100 €
Polizei Bremen	125	Anwärter/-innen	461.250 €	1.845.000 €	1.845.000 €	1.383.750 €		5.535.000 €
Polizei Bremerhaven	35	Anwärter/-innen	129.150 €	516.600 €	516.600 €	387.450 €		1.549.800 €
Feuerwehr	7	Anwärter/-innen für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt - Einst. 01.04.2018	110.250 €	147.000 €	36.750 €			294.000 €
	7	Anwärter/-innen für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt - Einst. 01.10.2018	36.750 €	147.000 €	110.250 €			294.000 €
Justiz	13	Justizfachangestellte (Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt)	85.150 €	204.360 €	204.360 €	119.210 €		613.080 €
	10	Rechtspfleger-Anwärter/innen Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt)	35.400 €	141.600 €	141.600 €	106.200 €		424.800 €
Steuerverwaltung	25	Anwärterinnen und Anwärter für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt	114.000 €	342.000 €	228.000 €			684.000 €
	25	Anwärterinnen und Anwärter für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt	89.250 €	357.000 €	357.000 €	267.750 €		1.071.000 €
<b>Gesamt:</b>	<b>358</b>	<b>Auszubildende</b>	<b>1.796.660 €</b>	<b>5.617.010 €</b>	<b>5.356.010 €</b>	<b>3.582.380 €</b>	<b>88.560 €</b>	<b>16.440.620 €</b>

Für die Ausbildung von Auszubildenden in sonstigen Ausbildungsberufen nach dem BBiG entstehen folgende Kosten:

	Anzahl der Einstellungen	2018	2019	2020	2021	2022	Summe
<b>Ausbildung nach dem BBiG</b>							
3-jährige Ausbildung	55	360.250 €	864.600 €	864.600 €	504.350 €		2.593.800 €
3,5-jährige Ausbildung	25	163.750 €	393.000 €	393.000 €	393.000 €	32.750 €	1.375.500 €
<b>Gesamt:</b>	<b>80</b>	<b>524.000 €</b>	<b>1.257.600 €</b>	<b>1.257.600 €</b>	<b>897.350 €</b>	<b>32.750 €</b>	<b>3.969.300 €</b>

Für die Praktikantinnen und Praktikanten im Anerkennungsjahr entstehen folgende Kosten:

Anerkennungspraktika	Anzahl der Einstellungen	2018	2019	Summe
Erzieher/innen	135	1.208.250 €	1.691.550 €	2.899.800 €
Sozialarbeiter/innen	55	1.019.700 €	339.900 €	1.359.600 €
<b>Gesamt:</b>	<b>190 Praktikanten/innen</b>	<b>2.227.950 €</b>	<b>2.031.450 €</b>	<b>4.259.400 €</b>

Für die Durchführung der Einstiegsqualifizierung von bis zu 250 jungen geflüchteten Menschen beim AFZ werden zunächst Kosten für die Jahre 2018 und 2019 dargestellt. Sie betragen:

Einstiegsqualifizierung für junge Geflüchtete mit anschließender Übernahme in eine Berufsausbildung nach dem BBiG	Anzahl der Einstellungen	2018	2019
herkömmliche EQ ab 01.08.2018	150		
Sprachkurs		75.000 €	105.000 €
Ausstattung, sonst. Sachkosten		62.500 €	87.500 €
zweiphasige EQ - Vorbereitung ab 01.08.2018			
reguläre EQ ab 01.03.2019	100		
EQ-Vergütung		162.500 €	65.000 €
Sprachkurs		50.000 €	70.000 €
Ausstattung, sonst. Sachkosten		41.667 €	58.333 €
Sozialpädagogische und verwaltungsmäßige Betreuung		321.432 €	321.432 €
Investitionen		100.000 €	
<b>Gesamt</b>		<b>813.099 €</b>	<b>707.265 €</b>

Für die Finanzierung werden Haushaltsmittel aus der Ausbildungsgarantie in der Höhe von jeweils 250.000 Euro für die Jahre 2018 und 2019 zur Verfügung gestellt.

Der Ausbildungsbericht weist aus, in welchen Bereichen es eine Unterrepräsentanz von Frauen gibt.

## **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Senatsvorlage ist mit der Senatskanzlei, dem Senator für Inneres, dem Senator für Justiz und Verfassung und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr abgestimmt. Eine Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zu der Ausbildungsplanung 2018 ist als Anlage 2 beigelegt.

## **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Angezeigt. Gegen eine Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz bestehen keine Bedenken.

## **G. Beschluss**

- (1) Der Senat beschließt die Einstellung von 40 Auszubildenden im Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter“ zum 1. August 2018.
- (2) Der Senat beschließt die Einstellung von 50 Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen bzw. Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Allgemeine Dienste zum 1. September 2018.
- (3) Der Senat beschließt für das Jahr 2018 die Zulassung von insgesamt 20 Personen, davon 12 Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Allgemeine Dienste zum Aufstieg in die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt und 8 Tarifbeschäftigte zur Aufstiegsfortbildung zur Verwaltungsfachwirtin/zum Verwaltungsfachwirt. Sollten die vorgesehenen Platzkontingente von einer der Beschäftigtengruppen nicht besetzt werden, werden die nicht besetzten Plätze der anderen Beschäftigtengruppe zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus bittet der Senat die Senatorin für Finanzen zu prüfen, ob zum Zwecke der Absicherung des Personalbestands im Bereich des Jobcenters ein weiterer Aufstiegskurs mit einer speziellen Ausrichtung angeboten werden kann. Für diesen Fall wird die Senatorin für Finanzen ermächtigt, einen entsprechenden Aufstiegskurs für bis zu 15 Personen einzurichten.
- (4) Der Senat beschließt, die im Rahmen der Ausbildungsplanung 2016 geschaffene befristete Einstellung einer Lehrkraft an der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen in eine unbefristete Einstellung umzuwandeln.
- (5) Der Senat beschließt die Einstellung von 18 Sozialinspektor-Anwärterinnen bzw. Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Gesundheits- und soziale Dienste zum 1. September 2018.
- (6) Der Senat beschließt die Einstellung von 3 Technischen Oberinspektor-Anwärterinnen und Technischen Oberinspektor-Anwärtern für die Laufbahngruppe 2,

1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Technische Dienste zum 1. September 2018.

(7) Der Senat beschließt die Einstellung von 160 (125 Bremen und 35 Bremerhaven) Polizeikommissar-Anwärterinnen und Polizeikommissar-Anwärtern zum 1. Oktober 2017. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die Ausbildungskapazitäten der Ausbildungsstandorte an ihre Grenzen geraten. Der Senat bittet den Senator für Inneres und die Senatorin für Finanzen in Abstimmung mit der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz bis Ende Januar 2018 ein Kapazitätskonzept vorzulegen, damit die Einstellung und Ausbildung von 160 Polizeikommissar-Anwärterinnen und Polizeikommissar-Anwärtern ab dem 1. Oktober 2018 sichergestellt wird.

(8) Der Senat beschließt die Einstellung von 7 Brandmeister-Anwärterinnen und Brandmeister-Anwärtern für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Feuerwehr zum 1. April 2018. Weitere 7 Brandmeister-Anwärterinnen und Brandmeister-Anwärter werden zum 1. Oktober 2018 eingestellt.

(9) Der Senat beschließt die Einstellung von 13 Justizfachangestellten für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz zum 1. August 2018.

(10) Der Senat beschließt die Einstellung von 10 Rechtspfleger-Anwärterinnen und -Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz zum 1. Oktober 2018.

(11) Der Senat beschließt die Einstellung von 25 Steueranwärterinnen und Steueranwärtern für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Steuerverwaltung zum 1. September 2018.

(12) Für die Fachrichtung der Steuerverwaltung beschließt der Senat die Einstellung von 25 Finanzanwärterinnen und Finanzanwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt zum 1. Oktober 2018.

(13) Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die Auszubildenden in den personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgängen in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen werden, soweit nicht personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegenstehen und entsprechende Stellen sowie Haushaltsmittel für eine Übernahme zur Verfügung stehen.

(14) Der Senat beschließt zum 1. August 2018 die Einstellung von 80 Auszubildenden in diversen Ausbildungsberufen nach dem BBiG beim Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ). Davon können bis 15 Ausbildungsplätze für Absolventinnen und Absolventen Bremer Werkschulen aufgrund einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem AFZ und der Senatorin für Kinder und Bildung zur Verfügung gestellt werden.

(15) Der Senat beschließt die Einstellung von 135 Praktikantinnen und Praktikanten zum 1. August 2018 im Anerkennungsjahr zur Erzieherin/zum Erzieher und die Einstellung von 55 Praktikantinnen und Praktikanten zum 1. April 2018 im Anerkennungsjahr zur Sozialpädagogin/zur Sozialarbeiterin oder zum Sozialpädagogen/zum Sozialarbeiter.

- (16) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, den Senator für Inneres und den Senator für Justiz und Verfassung die bisherigen Marketingmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu entwickeln, damit der öffentliche Dienst des Landes und der Stadtgemeinde Bremen von vielen, potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird und auch in Zeiten der zurückgehenden Schulabgangszahlen auf dem Ausbildungsmarkt konkurrenzfähig bleibt.
- (17) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen und den Senator für Justiz und Verfassung sich verstärkt um die Verbesserung der Einstellungschancen auf einen Ausbildungsplatz von schwerbehinderten Menschen zu bemühen.
- (18) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen und den Senator für Justiz und Verfassung, sich verstärkt um die Verbesserung der Einstellungschancen auf einen Ausbildungsplatz von jungen Frauen in Bereichen in denen sie unterrepräsentiert sind zu bemühen.
- (19) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen zu prüfen, ob die für 2018 vorgesehene Neueinstellung von Praktikantinnen und Praktikanten im Anerkennungsjahr für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers dem in diesem Bereich entsprechenden Bedarf genügt und ob ggf. Mittel, die durch die Nichtinanspruchnahme von Ausbildungsangeboten des AFZ in Ausbildungsberufen nach dem BBiG frei werden, dafür genutzt werden können, um für diese Praktika zusätzliche Ausbildungskapazitäten zu schaffen.
- (20) Der Senat beschließt die Einstellung von bis zu 250 jungen Geflüchteten in die Einstiegsqualifizierung ab dem 01.09.2018 beim AFZ. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen bis Ende Januar 2018 ein Konzept zu erarbeiten, wie ein Übergang der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der EQ in eine duale Berufsausbildung organisiert wird und wie viele Personen aus dieser Gruppe eine Berufsausbildung beim AFZ beginnen können. In der dem Senat vorzulegenden Vorlage wird abschließend über die Durchführung der Ausbildung und deren Finanzierung entschieden.
- (21) Der Senat bittet, die für die Ausbildungsplanung 2018 für den Zeitraum von 2018 bis 2022 erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 26.189.684 Euro in das weitere Haushaltsaufstellungsverfahren einzubeziehen.
- (22) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Ausbildungsplanung 2018 an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten und die erforderlichen Beschlüsse einzuholen, damit die Haushaltsmittel für die entstehenden Personal- und Sachausgaben zur Verfügung gestellt und Einstellungszusagen erteilt werden können.

**Ausbildungsplätze im Bereich des öffentlichen Dienstes in Bremen**

	2015		2016		2017		2018	
<b>I. Personalbedarfsorientierte Ausbildungsgänge</b>	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL	
<b>1. Allgemeine Dienste</b>								
1.1 Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt Verwaltungsfachangestellte	35	35	50	50	45	46	40	
1.2 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt Dualer Studiengang Public Administration	62	59	55	54	50	50	50	
<b>Zwischensumme:</b>	<b>98</b>	<b>95</b>	<b>105</b>	<b>104</b>	<b>95</b>	<b>96</b>	<b>90</b>	
<b>2. Sonstige Fachrichtungen , Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt</b>								
2.1 Soziale Arbeit Dual			15	15	15	15	18	
2.2 Duales Studium Technische Dienste					7	7	3	
<b>Zwischensumme:</b>			<b>15</b>	<b>15</b>	<b>22</b>	<b>22</b>	<b>21</b>	
<b>3. Polizei</b>								
3.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt - Bremen <i>Einstellungen für Polizei Bremerhaven</i>	100 20	100 20	120 15	125 15	125 35	125 35	125 35	
<b>Zwischensumme:</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>120</b>	<b>125</b>	<b>125</b>	<b>125</b>	<b>125</b>	
<i>mit Polizei Bremerhaven</i>			135	140	160	160	160	
<b>4. Feuerwehr</b>								
4.1. Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt	32	32	26	26	20	19	14	
4.2. Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	0	0	0	0	1	1	0	
<b>Zwischensumme:</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>26</b>	<b>26</b>	<b>21</b>	<b>20</b>	<b>14</b>	
<b>5. Justiz</b>								
5.1 Justizfachangestellte	9	9	25	25	9	9	13	
5.2 Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger	8	8	11	11	6	6	10	
5.3 Gerichtsvollzieher	0	0	0	0	2	2	0	
5.3 Allgemeiner Vollzugs- und Werkdienst	12	12	17	17	24	24	0	
<b>Zwischensumme:</b>	<b>29</b>	<b>29</b>	<b>53</b>	<b>53</b>	<b>41</b>	<b>41</b>	<b>23</b>	
<b>6. Steuerverwaltung</b>								
6.1 Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt	20	20	20	20	25	25	25	
6.2 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	15	15	20	20	25	25	25	
<b>Zwischensumme:</b>	<b>35</b>	<b>35</b>	<b>40</b>	<b>40</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	
<b>Summe aus Teil I.</b>	<b>294</b>	<b>291</b>	<b>359</b>	<b>363</b>	<b>354</b>	<b>354</b>	<b>323</b>	
<i>mit Polizei Bremerhaven</i>	314	311	374	378	389	389	358	
<b>II. Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG), kaufmännisch-verwaltender und gewerblich-technischer Bereich</b>								
<b>7. Bereich Aus- und Fortbildungszentrum</b>								
7.1 Auszubildende in diversen Berufen nach dem BBiG	120	109	70	69	70	66	80	
7.2 Auszubildende nach dem BBiG nach Beendigung der Einstiegsqualifizierungsmaßnahme für junge Flüchtlinge -korrespondiert mit 9.1	0	21	19	16	34	24	19	
<b>Summe aus Teil II.</b>	<b>120</b>	<b>130</b>	<b>89</b>	<b>85</b>	<b>104</b>	<b>90</b>	<b>99</b>	
<b>III. Sozialpraktikanten/-innen, Erzieher/Erzieherinnen</b>								
8.1 Erzieherin / Erzieher	105	107	105	105	139	87	135	
8.2 Sozialarbeiter/-in / Sozialpädagoge/-in	55	81	55	55	55	52	55	
<b>Summe aus Teil III.</b>	<b>160</b>	<b>188</b>	<b>160</b>	<b>160</b>	<b>194</b>	<b>139</b>	<b>190</b>	
<b>Gesamtsumme aus Teil I. bis III.</b>	<b>574</b>	<b>609</b>	<b>608</b>	<b>608</b>	<b>652</b>	<b>583</b>	<b>612</b>	
<i>Mit Polizei Bremerhaven</i>			623	623	687	618	647	
<b>IV. Einstiegsqualifizierung für junge Flüchtlinge</b>								
9.1 Einstellung in die Einstiegsqualifizierung zur Vorbereitung auf die Berufsausbildung in diversen Ausbildungsberufen nach dem BBiG (korrespondiert mit 7.2)	50	50	100	90	80	55	250	
<b>Summe aus Teil IV.</b>	<b>50</b>	<b>50</b>	<b>100</b>	<b>90</b>	<b>80</b>	<b>55</b>	<b>250</b>	

Zu 9.1) Die EQ Maßnahmen und anschließende Übernahmen in Berufsausbildungsverhältnisse beim AFZ sind für die Jahre 2015 – 2017 im Rahmen der Senatsbeschlüsse „Zukunftschance Ausbildung“ abgesichert.

## Anlage 2



**Gesamtpersonalrat für das Land  
und die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie  
Hansestadt  
Bremen**

Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen  
**Senatorin für Finanzen**  
**Frau Bürgermeisterin**  
**Karoline Linnert**  
**Rudolf-Hilferding-Platz 1**  
**28195 Bremen**

Auskunft erteilt  
 Ina Menzel  
 Zimmer 14  
 Tel. (0421) 361 89451  
 Fax (0421) 496 2215  
 E-Mail  
 gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Datum und Zeichen  
 Ihres Schreibens

Unser Zeichen  
 (bitte bei Antwort angeben)  
 9-05 Me/ko

Bremen, 12. Dezember 2017

### **Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur Ausbildungsplanung 2018**

Sehr geehrte Frau Linnert,

wir danken Ihnen für die Übersendung des Entwurfs der Senatsvorlage zur  
Ausbildungsplanung 2018.

Der Gesamtpersonalrat teilt die Auffassung, dass Einstellungen und eine qualitativ  
hochwertige Ausbildung von Nachwuchskräften dazu beitragen, eine differenzierte und  
ausgewogene Personalstruktur zu erreichen und dadurch die Aufgaben des öffentlichen  
Dienstes in quantitativer und qualitativer Hinsicht erledigt werden können.

Um im Wettbewerb um geeignete Nachwuchskräfte bestehen zu können, ist es neben der  
Weiterentwicklung bisheriger Marketingmaßnahmen erforderlich, durch eine  
Imagekampagne für den öffentlichen Dienst die Vielfalt der Aufgaben und die  
Karrieremöglichkeiten im Anschluss an die Ausbildung stärker herauszustellen.

Die Durchlässigkeit zwischen einzelnen Fachrichtungen und die Aufstiegsmöglichkeiten  
innerhalb der Fachrichtungen müssen verbessert und hierzu Aufstiegsregelungen und  
Fortbildungsgänge in ausreichender Zahl angeboten werden.

Zur Attraktivität der Ausbildung sind gute Rahmenbedingungen für die Ausbildung  
erforderlich. Hierzu sind nach Auffassung des Gesamtpersonalrats erhebliche  
Verbesserungen in der räumlichen Ausstattung der Ausbildungseinrichtungen wie auch  
Verstärkungen beim Lehr-/Ausbildungspersonal erforderlich, dies gilt insbesondere  
hinsichtlich der Ausbildung für die Polizei, die Steuerverwaltung und die allgemeine

**Dienstgebäude**  
 Knochenhauerstr. 20/25  
 3. Etage  
 28195 Bremen  
 Internet: www.gpr.bremen.de

**Bus/Straßenbahn**  
 Haltestellen Schlüsselkorb/  
 Am Wall/ Herdentor  
 Telefon (Auskunft): (0421) 361 2215

**Seite 1 von 3**

 nach telefonischer Absprache

Verwaltung. Ohne entsprechende Verbesserungen ist die erforderliche gute Qualität der Ausbildung nicht zu gewährleisten.

Ausbildung muss auch für die Ausbilderinnen und Ausbilder/Anleiterinnen und Anleiter attraktiver werden, denn deren Engagement ist ebenfalls wesentlich für den Erfolg der bremischen Ausbildungsanstrengungen.

Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass wiederum 50 Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und Verwaltungsinspektor-Anwärter eingestellt werden sollen. Der Gesamtpersonalrat hat aufgrund der in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen jedoch Zweifel, dass es tatsächlich gelingt, weitere Bedarfe durch Absolventinnen und Absolventen des Europäischen Studiengangs Wirtschaft und Verwaltung zu decken.

Die Einstellung von 40 Auszubildenden im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/ Verwaltungsfachangestellter wird als nicht ausreichend angesehen, da bei der Planung nicht berücksichtigt wurde, dass erfahrungsgemäß ein nicht unerheblicher Anteil der Auszubildenden nach Abschluss der Ausbildung nicht in die Berufstätigkeit wechselt, sondern sich für eine Weiterqualifizierung entscheidet.

Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass im nächsten Jahr wieder 20 Personen für den Aufstieg in die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt bzw. zur Aufstiegsfortbildung zur Verwaltungsfachwirtin/zum Verwaltungsfachwirt zugelassen werden. Ein weiterer Aufstiegslehrgang für Bedienstete des Jobcenters Bremen wird vom Gesamtpersonalrat ebenfalls befürwortet.

Die Einstellung von 18 Sozialinspektor-Anwärterinnen und Sozialinspektor-Anwärtern sieht der Gesamtpersonalrat positiv.

Der Gesamtpersonalrat ist erstaunt, dass nur 3 Plätze für Technische Oberinspektor-Anwärterinnen und -Anwärter der Fachrichtung technische Dienste eingestellt werden sollen. Angesichts des ständig beklagten Mangels an Fachkräften wären verstärkte Ausbildungsanstrengungen der betroffenen Dienststellen/Einrichtungen sehr wünschenswert.

Der Gesamtpersonalrat begrüßt grundsätzlich die geplanten Einstellungszahlen auf dem Niveau des Vorjahres für den Bereich der Polizei. Angesichts der starken altersbedingten Personalabgänge der nächsten Jahre einerseits und der zunehmenden Anforderungen und des Aufgabenzuwachses zum Beispiel im Bereich der Bekämpfung extremistischer und islamistischer Kriminalität, der stetigen Terrorgefahr und der gestiegenen Einsatz- und Fallzahlen, ist die für 2018 geplante Einstellungszahl die unterste Grenze des Notwendigen.

Bei der Berechnung der Einstellungszahlen wünscht sich der Gesamtpersonalrat mehr Transparenz, insbesondere sollte deutlich werden, wie und in welchem Maße Abgänge aus dem Polizeibereich - neben den Altersabgängen - bei der Planung der Ausbildungszahlen berücksichtigt werden. Hierbei sind Versetzungen oder Abordnungen z.B. an das Landesamt für Verfassungsschutz, Mutterschutz und Elternzeit, Teilzeitbeschäftigungen einzuplanen, und es ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Anwärterinnen und Anwärter das Ausbildungsziel erreichen.

Die geplanten Einstellungen im Bereich der Feuerwehr und im Justizbereich werden vom Gesamtpersonalrat begrüßt.

Der Gesamtpersonalrat ist erfreut, dass die Kontinuität der Ausbildung in der Steuerverwaltung auch im Jahre 2018 fortgeführt und die Zahl der Ausbildungsplätze auf insgesamt 50 Anwärterinnen und Anwärter erhöht wird. Grundsätzlich ist jedoch wieder anzumerken, dass die Gesamtzahl weiterhin unzureichend ist, weil die Einstellungsquote, - d.h. die Zahl der Absolventinnen und Absolventen, die tatsächlich eine Tätigkeit in der Steuerverwaltung aufnehmen - im langjährigen Mittel bei etwa 70 v. H. der Auszubildenden liegt. Damit können die Abgänge in der Steuerverwaltung nicht ausgeglichen werden.

Für den Bereich der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen im Anerkennungsjahr ist aus Sicht des Gesamtpersonalrats anzumerken, dass die vorgesehenen Plätze einerseits zu wenig sind, um den Bedarf an ausgebildeten Fachkräften zu decken, sich aber andererseits abzeichnet, dass es kaum genügend Bewerberinnen und Bewerber für diese Plätze gibt. Die Anzahl der Studienplätze müsste daher drastisch erhöht werden. Es mangelt außerdem an Anleiterinnen und Anleitern, da viele erfahrene Kräfte durch Rente ausscheiden.

Für den Bereich der Erzieherinnen und Erzieher ist festzustellen, dass es ebenfalls nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber für die Plätze gibt. Um den Fachkräftemangel zu beheben ist es dringend notwendig, die Plätze zu besetzen und die Praktikantinnen und Praktikanten für den bremischen öffentlichen Dienst zu gewinnen. Hierfür muss intensiver bei den Fachschulen in anderen Bundesländern z. B. in Nordrhein-Westfalen geworben werden. Der Gesamtpersonalrat ist weiterhin sehr interessiert daran, das Ausbildungsangebot des Aus- und Fortbildungszentrums um das zusätzliche Angebot der dualen Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher in Zusammenarbeit mit den entsprechenden staatlichen Berufsschulen zu ergänzen. Um schnell eine gute duale Erzieherinnen- und Erzieherausbildung zu gewährleisten, sollte hier auf das Fachwissen und die Erfahrung des Aus- und Fortbildungszentrums bei dualen Ausbildungen zurückgegriffen werden. Aus unserer Sicht macht es großen Sinn, vorhandene Strukturen zu nutzen.

Auch für diesen Bereich ist es wichtig, durch geeignete Maßnahmen zusätzliche Anleiterinnen und Anleiter bzw. Ausbilderinnen und Ausbilder zu gewinnen.

Der Gesamtpersonalrat ist erfreut, dass auch in diesem Jahr die Ausbildungsquote von 8 % überschritten wird.

Die Ausweitung der Einstiegsqualifizierung für geflüchtete junge Menschen wird vom Gesamtpersonalrat ausdrücklich begrüßt. Die vorgesehene Verstärkung des Personalbestandes für die sozialpädagogische und verwaltungsmäßige Betreuung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist sehr wichtig. An dem zu erarbeitenden Bildungs- und Betreuungskonzept ist der Gesamtpersonalrat ebenfalls interessiert.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme dem Senat zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen



Ina Menzel  
stellv. Vorsitzende